

Vorwort zur Teilkonferenz

Electronic Government

*Jörg Becker¹, Helmut Krcmar²,
Erwin Schwärzer³, Maria A. Wimmer⁴*

*¹European Research Center for Information Systems,
Westfälische Wilhelms-Universität Münster*

*²Lehrstuhl für Wirtschaftsinformatik,
Technische Universität München*

³Bundesministerium des Innern, Berlin

*⁴Institut für Wirtschafts- und Verwaltungsinformatik,
Universität Koblenz-Landau*

In den öffentlichen Verwaltungen ist der Abbau von Bürokratie ein Dauerthema, Kosteneinsparungen werden mehr denn je notwendig. Vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise steigen die Schulden der öffentlichen Hand, diesen können keine vergleichbaren Zusatzeinnahmen gegenüber gestellt werden. Hier bietet E-Government zum einen eine Chance, Effizienz- und Effektivitätsvorteile für die öffentlichen Verwaltungen zu erschließen, gleichzeitig hält E-Government viele und große Herausforderungen für die öffentlichen Verwaltungen in ganz Europa bereit.

Die EU-Dienstleistungsrichtlinie, die E-Procurement-Verordnung der EU und EU-Strategien im Bereich Identitätsmanagement oder im Gesundheitswesen verlangen von Verwaltungen eine gewaltige Umstrukturierung und Öffnung der Dienstleistungslandschaft. Transparenz und Vergleichbarkeit, aber auch das Thema Wiederverwendbarkeit von bestehenden Lösungen sind hier unabdingbar. Neben organisatorischen Veränderungen sind verstärkte organisationsübergreifende Zusammenarbeit, der Austausch von Lösungen und technische Neuerungen notwendig, um die Ziele der Richtlinien und Strategien nicht nur in einer leeren Hülle sondern in der Tiefe umzusetzen. Allein in Deutschland finden wir auf kommunaler Ebene etwa 12.000 Organisationen vor, die viele gleiche Aufgaben zu erfüllen haben. Ein Bewusstsein dafür gilt es zu schaffen und zu schärfen.

Darüber hinaus steigen auch die Erwartungen der Bürger an die Abläufe und Dienste von öffentlichen Verwaltungen. Das Konzept des Behördenrufs 115, der die Ideen der Dienstleistungsrichtlinie mehr oder weniger auf die Bürger in Deutschland überträgt, ist eine große Herausforderung. Die Bürger fordern darüber hinaus auch Beteiligungsmöglichkeiten an der Verwaltungssteuerung zwischen den Wahlen ihrer Vertreter vor Ort ein. Sei es die Beteiligung an Haushaltsplänen oder an wohn- und städtebaulichen Konzepten, die Bürger möchten mitreden – und dabei möglichst moderne Technologien, z. B. aus dem Themenfeld des web2.0, nutzen, die eine Beteiligung von zuhause ermöglicht, kurz: Instrumente der E-Partizipation nutzen.

Die Teilkonferenz E-Government adressiert diese verschiedenen Themen mit den angenommenen Beiträgen und möchte so eine Diskussionsgrundlage für Wissenschaft und Praxis schaffen.

Programmkomitee:

- Dr. Lars Algermissen, PICTURE GmbH
- Prof. Dr. Martin Brüggemeier, Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin
- Prof. Dr.-Ing. Norbert Gronau, Universität Potsdam
- Prof. Dr. Ralf Klischewski, German University in Cairo
- Prof. Dr. Peter Loos, Universität des Saarlands
- Dr. Dr. Björn Niehaves, ERCIS – Universität Münster
- Dr. Daniel Pfeiffer
- Prof. Dr. Alexander Prosser, Wirtschaftsuniversität Wien
- Dr. Sönke E. Schulz, Lorenz-von-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaft, Kiel
- Prof. Dr. Tino Schuppan, IfG.CC - The Potsdam eGovernment Competence Center
- Prof. Dr. Gerhard Schwabe, Universität Zürich
- Prof. Dr. Daniel Veit, Universität Mannheim
- Prof. Dr. Jörn von Lucke, Zeppelin University Friedrichshafen
- Dr. Petra Wolf, Technische Universität München